
EURONEWS

Whiskey, Ouzo und Wirtschaft

Macht es wirklich Sinn, Ländern mit einigen kleinen wirtschaftlichen Problemen innerhalb der europäischen Union zu helfen?

Von Aliyar Korkmaz

Man will Ländern wie Griechenland und Irland mit einer dreistelligen Milliarden-summe entgegenkommen.

Die EU-Gemeinschaft will im Gegenzug dazu einen Prozentsatz von 5% Zinsen, um auch selber davon zu profitieren und gleichzeitig für eine Stabilisierung der besagten Länder beizutragen.

Also ziehen alle EU-Länder an einem Strang.

Zweifelhaft, ob Griechenland und Irland in der Lage wären, die stattliche Summe in Zukunft zurück zu zahlen.

Vielleicht sollten die Griechen ihr Land verkaufen, um auf eine Insel zu ziehen; und die Iren den Whiskey deutlich höher versteuern.

Eine Garantie der Rückzahlung ist leider nicht möglich, es sei denn, die Zahlen der Griechen trinken weiterhin Ouzo und verstellen sich von selbst.

Um auch in Zukunft weiterhin fröhlich Sirtaki zu tanzen, oder auch einen Kessel Gold am Ende des Regenbogens zu finden, wollen die EU-Länder für die Griechen und Iren bürgen.

EURONEWS

3 + 1 = 0

Wirtschaftskrise in Spanien, Irland und Griechenland: Wie steht die Europäische Kommission dazu? Eine Glosse

Von Anonymus

Ein Interview mit einem staatlichen Vertreter Spaniens ergab, die finanzielle Krise lässt sich auf die letzten 30 Jahre als unintegriertes Land zurückverfolgen. Irland hingegen nahm Stellung zum Finanzmarkt der Banken und deren falsche Spekulation; zugleich wurde seitens der Bevölkerung über die Verhältnisse gelebt. Griechenland meinte nur: „Die Regierung vorher sei schuld, irgendwelche Dullis haben auf den Putz gehauen!“ Zum Schluss des Statements waren auch noch die Anderen schuld, da die Daten zum Beitritt der Euro-Währung beschönigt wurden. Das Resume war doch im Prinzip bei allen drei Ländern gleich: Die Anderen haben Schuld!

Na klar, ist nicht immer das zu der Zeit gesetzgebende Organ an der Gesamtsituation schuld?

Doch nur Irland stand sich wirklich selbst die Schuld zu. Sowohl Spanien als auch Griechenland mogelten sich am Ernst der Lage vorbei.

Dies nennt sich also EU-Gemeinschaft! Na gut, wenn es um finanzielle Mittel geht, gehören wir halt mal dazu...

Der EU-Rettungsschirm wurde breit gefächert: Spanien erhielt 90 Milliarden Euro und will dies in soziale Leistungen investieren. Die spanischen Vertreter meinten, sie gehen sehr verantwortungsvoll mit dem Ernst der Lage um. Irland erhielt von der Kommission 85 Milliarden Euro, obwohl 100 Milliarden Euro vorgesehen waren. Sie wollten nur das Nötigste und opferten sogar 17,5 Milliarden Euro ihres eigenen Rentenfonds. Griechenland erhielt zwar nur 80 Milliarden Euro, aber äußerte dafür auch keine konkreten Vorstellungen über den Stand ihres Landes in ferner Zukunft. Eins jedoch ist positiv zu bewerten und nach der vorigen Aussage interessant: Die Griechen sind wie auch Irland sehr dankbar und haben ein schlechtes Gewissen. Spanien sagte nur „Nein!“.

Nein?? HALLO??

Sie bekommen 90 Milliarden als Darlehen, um ihr Land zu retten und sagen nicht mal „Danke“?!

Dazu kommt auch noch, dass die Spanier sich für die Zukunft nicht als eigenständiges, sondern eher als abhängiges Land Europas ansehen.

EURONEWS

Fortsetzung von Seite 2

Ups! Wie das bitte?

Konkrete Angaben gab es keine, außer dass sie ihre Exportzahlen steigern wollen. Das Gute jedoch ist, dass die Kommission für alle Mitgliedsländer der EU

sorgt, nicht nachtragend ist, den Fehlern als Tatsache ins Auge sieht, sie als „passiert“ ansieht und der Meinung ist, dass aus Fehlern gelernt wird.

Ein Hoch auf die EU!

EURONEWS

EU-Gipfel-Bericht

Gespräche über Großbritanniens Offshore-Anlagen eingestellt

Von Bastian Stangenberg

Aufgrund der Diskussionen und Differenzen, die in den letzten Wochen in den Ländern und Institutionen der Europäischen Union ihre Runden machten, fand nun letztendlich ein Treffen statt, bei dem alle großen Themen und die weitere Zusammenarbeit unter den einzelnen Mitgliedsländern besprochen wurde.

Eine große Rolle nahmen selbstverständlich Griechenland und Irland ein, deren finanzielle und wirtschaftliche Standpunkte in ein verzweifertes Tief gerutscht waren. Griechenland ist dabei, sich aus eigener Kraft finanziell wieder zu regenerieren. Sie nannten ihren Vorsatz – der sich durchaus im realistischen Rahmen befindet – das Bruttoinlandsprodukt bis zum Jahre 2012 um 7,4 Prozent erhöht zu haben. Erreicht werden soll dies durch weitere Einsparungen und diverse Steuererhöhungen.

Eine Transaktionssteuer sollte dafür sorgen, die Spekulationen der Banken zurückzuschrauben und weitere Risiken zu vermeiden. Dem momentan vorgeschlagenen Prozentsatz von 0,05 trat die Regierung von Spanien kopfschüttelnd gegenüber und verlangte eine Erhöhung auf mindestens 0,09 Prozent. Allerdings wäre dies für die Iren finanziell nicht

machbar, da ohnehin eine unglaublich hohe wirtschaftliche Hürde zu überwinden sei. Durch einen Kredit von 85 Milliarden Euro gaben Deutschland und Frankreich eine kleine Starthilfe. Wir holten uns zu der Transaktionssteuer die Meinung Deutschlands ein. Ein Sprecher betonte: „Wir gaben Irland den Kredit zu einem Zinssatz von 5 Prozent und sind auch mit den 0,05 Prozent der Steuer einverstanden“.

Die Vorsitzenden betonten ebenfalls, dass immer noch die Energiehaushalte ihre 20 Prozent aus erneuerbaren Energien erreichen müssten und dies wiederum auch eine Menge Geld in Anspruch nimmt.

Derweil konnte ein Gespräch zwischen der spanischen Regierung und der Europäischen Kommission verfolgt werden. Es kam heraus, dass alle Länder mit der 20-Prozent-Regelung an erneuerbaren Energien einverstanden wären. Schon vor einigen Wochen wurde dazu in den Kreis eingebracht, dass Großbritannien sich mit einem Offshore-Projekt beschäftigt und um die Unterstützung anderer Staaten bitte. Dieses Projekt wurde nun endgültig gestrichen. „Es ist weitaus sinnvoller,“

EURONEWS

Fortsetzung von Seite 4

so die Kommission, „die zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel in einen Pott zu werfen und die Staaten selbst wählen zu lassen, in welche erneuerbaren Energien sie investieren wollen. Offshore-Parks allein helfen nicht jedem.“ Dies traf auf vielerlei Zustimmung.

Am meisten wurde wohl über das Mutterschutzgesetz verhandelt. Welche Regelungen am preiswertesten oder für die Bevölkerung am besten wären, schwirrte lange ungeklärt durch die Institutionen. Der Schluss dieser Gespräche brachte jetzt eine für alle akzeptable Regelung hervor. Es werden 16 Wochen Mutterschutz gegeben. Es wurde im Verlauf der Verhandlungen lediglich noch zwischen 80 und 100 Prozent der Lohnfortzahlung spekuliert, was abschließend dann auf mindestens 80 Prozent festgelegt wurde.

EU-weit wird nach dem Gipfeltreffen auch endlich der lang ersehnte Mindestlohn eingeführt. Aufgrund der differenzierten finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse wird dieser nicht in allen Staaten gleich sein.

Einzig eine Vorschlagslösung seitens Großbritanniens sorgte in manchen Reihen für einige Unruhe. Aufgrund der hohen Einwanderungsquote stand zur Debatte, die Marine in den Mittelmeerraum zu entsenden. Die Kommission verwarf diesen Vorschlag und griff lieber auf die EU-Organisation Frontex zurück, die sich auf stärkere Grenzkontrollen fixiert hat.

Insgesamt wurden viele Einigungen getroffen. Ein paar Unstimmigkeiten, die noch in der Luft hängen mögen, werden sich bald durch die neuen Motivationschübe beseitigen lassen. Mit den Worten „Wir sind sehr zuversichtlich!“ verließ der spanische Regierungschef die Tagung.

EURONEWS

Auf ein Neues!

Verlängerung des Mutterschutzurlaubes diesmal ein Erfolg?

Von Charlotte Klein

Nach zwei Jahren versucht die Kommission es erneut: Sie schlägt eine einheitliche europäische Festlegung des Mutterschutzurlaubes auf 16 Wochen bei mindestens 80 Prozent Lohnausgleich vor. Gerade in diesem Moment debattieren die Abgeordneten der EU über das neue Gesetz und sie scheinen wider Erwarten ohne große Probleme einen gemeinsamen Konsens zu finden.

Bereits vor zwei Jahren, am 3. Oktober 2008, schlug die Europäische Kommission eine Änderung der Richtlinie 92/85/EWG vor, die unter anderem eine Verlängerung des Mutterschutzes auf mindestens 18 Wochen vorsah. Einige Mitgliedsstaaten, darunter beispielsweise Deutschland, wehrten sich jedoch entschieden gegen dieses Vorhaben, da sie eine zu große finanzielle Belastung der Arbeitgeber fürchteten. Während die Verlängerung des Mutterschutzurlaubes damals noch konsequent abgelehnt wurde, scheinen die Mitgliedsstaaten jetzt erstaunlicher Weise ohne Streitigkeiten eine gemeinsame Lösung zu finden: „Tatsächlich erklärte sich der Großteil der Mitgliedsstaaten bisher bereit, unseren Vorschlag von 16 Wochen bei 80 Prozent Lohnausgleich

zu unterstützen“, stellte der Sozialminister der Kommission, Igor Koch, zufrieden fest. Allein der Ministerrat beharrt auf der Meinung, nur ein voller Lohnausgleich sei die richtige Lösung, da eine Gehaltsfortzahlung von 80 Prozent für viele Staaten wie Dänemark und Estland einen Rückschritt bedeuten würde.

In vielen Ländern wird der Entwurf der neuen Richtlinie trotz der Einigkeit, die in der EU zu herrschen scheint, mit Sicherheit starke Proteste verursachen, da er einen erheblichen Kostenanstieg mit sich bringen wird. Vor allem für die Länder, die bisher weniger als 16 Wochen lang weniger als 100 Prozent Lohnausgleich zahlen, wie zum Beispiel Belgien und Finnland, bedeutet das neue Gesetz eine starke finanzielle Herausforderung.

Was bisher jedoch noch kaum jemand zu bedenken gegeben hat, ist das Problem der bereits existierenden Benachteiligung der Frauen am Arbeitsplatz, die durch die Verabschiedung dieses Gesetzes vermutlich noch erheblich verstärkt würde.

Nach der Verhandlung der Kommission mit den einzelnen Mitgliedsstaaten wird die Vorlage noch heute Abend an den Ministerrat weiter gereicht. Dann wird sich klären, ob auch die Kommission und der Ministerrat sich auf eine gemein-

EURONEWS

Fortsetzung von Seite 6

same Regelung einigen können. Da jedoch auch Parlament und Rat in Fragen des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz ein Mitentscheidungsrecht haben, muss bis heute Abend wohl oder übel ein Kompromiss eingegangen wer-

den, um eine gemeinsame, EU-übergreifende Regelung zu erreichen.

Nachtrag der Redaktion: Die Europäischen Partner haben sich auf eine Verlängerung des Mutterschutzes auf mindestens 16 Wochen geeinigt bei mindestens 80 Prozent Lohnfortzahlung.

EURONEWS

EU – ein Herz und eine Seele?!

Eigentlich sollten die Länder untereinander „Hand in Hand“ arbeiten und nicht „miteinander gegeneinander“

Von Claudia Mähler & Sören Larssen

Nehmen wir zum Beispiel Großbritannien; Lebt frei nach dem Motto „Was stört es den Mond, wenn der Mops bellt?“, vergisst dabei aber, das die EU nicht nur aus ihnen, sondern aus 27 Ländern besteht.

Marine zur Abschreckung der Flüchtlinge, gute Idee. Fand zumindest Großbritannien. Wenn da nicht ihr Vorsatz von: 10% von ihnen, aber 90% der anderen zur Finanzierung wäre.

Englands Antworten zu den Vorwürfen bleiben offen. Ist doch klar, dass sich die Europäischen Länder einstimmig gegen Großbritannien aussprechen.

Wobei wir ihre, man kann es „Überzeugungskunst“ nennen (muss man aber nicht) nicht sehr achten. Jedenfalls sind sie doch sehr gut darin, wenn es darum geht andere Ländern von sich zu überzeugen.

Mit Bestechungsversuchen kennen sich die Portugiesen jedoch auch sehr gut aus! Frankreich finanziell zu unterstützen, um ihre Stimme zu bekommen? Taktisch klug oder einfach nur bemitlei-

denswert? Das bleibt dem Leser letzten Endes selbst überlassen.

Auch interessant war der Plan, Spanien von zwei Seiten einzunehmen. Frankreich und Portugal waren sich in der Hinsicht sehr einig! Spanien war „nicht soo dafür“. Das nennt man, einen festen Standpunkt haben! „Nicht soo dafür sein“ Das klingt... überzeugend, oder?!

Also; auf, auf, Frankreich und Portugal! Nehmt Spanien ein und greift sie von beiden Seiten an!

Ob das so förderlich für die Europäische Union wäre, ist die andere Sache. So schön unstimmig die EU-Länder auch sind, das Parlament ist auch nicht perfekt. Positiv überzeugen konnten die Kommission und der Ministerrat. Sie zeigten Wissen und Bereitschaft, was bei allen gut ankam. Alles in allem war es ein spektakulärer Tag, man lernte viele Leute kennen und ihre Ansichten.

Intrigen und Unstimmigkeiten sind die nebensächlichen Dinge, welche den Tag nur vermenschlichten.

EURONEWS

Erneuerbare Energien aus Europa

Die Europäische Regierung ist sich uneinig

Von Falk Zeitz

Offshore-Parks sind das neue Gesprächsthema unter den Europäischen Regierungen. Es gibt viele Länder, die den Bau neuer Offshore-Anlagen befürworten. Polen zählt zu einem der Befürworter für den Bau neuer Parks. Sie würde am liebsten vor ihrer eigenen Küste mehrere solcher Parks errichten „Wir stehen voll hinter dem Projekt!“

sagt Alex Bieber, Energieminister von Polen. Frankreich will schon seit langem auf erneuerbare Energien umsteigen. Atomkraft ist in Frankreich noch ein Hauptbestandteil der Energiequellen. Es gibt natürlich auch Gegner der neuen Energiequellen; Portugal z.B. will sein Geld lieber in Wellenkraftwerke stecken, die sie vor ihrer eigenen Küste errichten.

EURONEWS

Einwanderungsproblem in Griechenland

Griechenland hat 3.500 Einwanderer pro Tag, viele davon illegal. Griechenland bezieht hierzu auf dem EU-Gipfel Stellung.

Von Justin Gädtke

Griechenland hat starke finanzielle Probleme durch die Masse der Einwanderer. Was sollen sie tun? Sollen sie die Grenzen so gut wie möglich abriegeln, so dass illegale Einwanderer keine Chance haben? Griechenland sagt, dass sie vorhaben, die Grenzkontrollen zu verstärken und zu versuchen, den Einwanderern, die schon im Land sind, Hilfe zukommen zu lassen. Griechenland hofft dabei auf die Hilfe anderer Mitgliedsstaaten.

Die griechische Delegation führte auf dem EU-Gipfel Gespräche mit Frankreich, Spanien, Portugal und Italien. Dabei stießen sie auf Bestätigung. Hilfe sei nötig, da diese Länder auch ein

Problem mit den Einwandererzahlen in ihrem Land haben. Großbritannien nimmt ebenso Stellung zu diesem Thema und überrumpelt Griechenland damit. Die britische Delegation diskutierte mit den Griechen und machte ihnen deutlich, dass es eine Frechheit sei, eine Summe von 6 Milliarden als Unterstützung zu verlangen. Doch die Griechen argumentieren damit, dass das Geld nicht für sie alleine sei, sondern auch für Frankreich, Spanien, Portugal und Italien. Großbritannien hat sich mit seinem Verhalten nicht gut Freund mit diesen Ländern gemacht und musste sich vorerst geschlagen geben. Doch die Debatte um Griechenland läuft noch.

EURONEWS

Europa und die Krise

Es ist allgemein bekannt, dass es vor allem zwei schwer betroffene Länder, Irland und Griechenland, gibt. Es folgt nun eine Diskussion der EU-Regierungen, wie man nach Griechenland auch Irland helfen könne.

Von Maja Fuhrmann

Die Meinung Deutschlands ist klar. Sie sagen, dass Griechenland unter allen Umständen weiter Unterstützung bekommen soll. Auch dem Hilfspaket für Irland stimmt Deutschland zu, da sie Angst haben, dass der Eurowert weiter sinken könnte und dies zu einer Inflation führt. Allerdings soll die Unterstützung nur im geringsten Maße ausgeführt werden, da sie ihre Kosten gering halten wollen. Unter anderem, weil sie ja auch schon Griechenland sehr stark unterstützen.

Des Weiteren ist Deutschland stark an Sparprogrammen interessiert, da sicher gestellt werden muss, dass das Geld auch zurück gezahlt werden kann. Deshalb sollen die Sparprogramme sehr umfangreich werden. Eine schnelle Rückzahlung des Geldes und eine Vermeidung von zu hohen Steuern soll erreicht werden. Deshalb wurden die Zinsen auf fünf Prozent begrenzt.

Allerdings verlangt Deutschland von Irland, dass die Körperschaftssteuer auf mindestens 20 Prozent erhöht wird, da der Staat dadurch mehr einnehmen kann.

Italien äußert sich auch positiv zu den Hilfsprogrammen, denn auch sie wollen den Krisenländern so weit, wie es geht, helfen. Sie sprachen sich für durchschnittliche Kredite aus, die für alle gleich sind.

Portugal ist finanziell auch nicht sehr gut gestellt, ist beinahe so bankrott wie Griechenland und Irland. Sie äußern sich wie folgt: „Die Banken sind die Verursacher, deswegen sollte man diese auch mehr beaufsichtigen und kontrollieren.“ Portugal will damit auch verhindern, in eine Situation mit Irland und Griechenland zu geraten. Des Weiteren wird gefordert, solche Probleme in Zukunft rechtzeitig zu bemerken und vor allem frühzeitig darauf aufmerksam zu machen, damit die Probleme auch rechtzeitig gelöst werden können.

Außerdem spricht sich Portugal dafür aus, dass es Pflicht sein sollte, den anderen EU-Ländern zu helfen, doch leider könnte Portugal dies nicht, weil sie finanziell selber schlecht da stehen. Da sie aber in der EU sind, versuchen sie

EURONEWS

Fortsetzung von Seite 11

trotzdem einen geringen Beitrag aufzutreiben. Auch Portugal spricht sich für die Erhöhung der Körperschaftssteuer in Irland aus.

Frankreich ist ganz klar der Meinung, dass die Banken an der Krise schuld sind. Sie sprechen sich auch dafür aus, dass man die Banken mehr unter Kontrolle bekommen muss, unter anderem mit der Transaktionssteuer-einführung. Allerdings wollen sie die Transaktionssteuer nicht auf 0,05% ansetzen, sondern auf 0,01%, denn die 0,05% finden sie zu hoch, wenn sich nur die EU daran beteiligt. Anders würden sie es sehen, wenn sich die USA und China mitmachen würden. Sie sagen: „Wenn die USA und China sich daran beteiligen, dann ist es international und

es würde allgemein mehr Sinn machen.“

Die Sparprogramme beurteilen sie dafür aber sehr positiv, denn was sie sagen ist: „Man kann das Geld ja nicht nur in die anderen Länder reinpumpen.“

Außerdem ist Frankreich der Meinung, dass man die Körperschaftssteuer von 12,5% auf 20% hoch setzen sollte, da Irland so an mehr Einkommen heran kommt und 12,5% ein bisschen knapp bemessen sind. Sie sagen auch: „90 Milliarden Euro reichen vollkommen aus.“

Des Weiteren ist auch Frankreich sehr dafür, dass man die Banken mehr zur Rechenschaft und vor allem zur Verantwortung ziehen sollte, damit man früher und rechtzeitig einschreiten kann. Dazu sollte man die Banken zum Teil verstaatlichen und Versicherungen für die Bürger einführen, damit diese am Ende nicht die Leidtragenden sind.

EURONEWS

Europa als Festung

600 Millionen Euro für die europäische Grenzsicherung

Von Nadine Graser

Integrationspolitik war eines der Themen, welches heute auf der Sitzung des EU-Parlaments besprochen wurde. Besonders heiß wurde über den Vorschlag Griechenlands diskutiert, ihnen 600 Mio. Euro monatlich für die Grenzsicherung zur Verfügung zu stellen. Diese Zahl hält jedes der anderen Mitgliedsländer für utopisch und viele wüssten keinen Grund, warum man Griechenland überhaupt Geld für die Grenzsicherung geben sollte. Von deutscher Seite gab es den Vorschlag, solch einen Betrag lieber der Organisation „Frontex“ zur Verfügung zu stellen, die Soldaten für solche Einsätze ausbildet und diese dann in Grenzgebiete zur Sicherung der Grenzen schicken würde.

Doch Europa als Festung, ist das eine Lösung? Grundsätzlich dürfte dies nach Meinung einiger Mitgliedsländer keine Variante sein; man müsse vielmehr nach Möglichkeiten suchen, die Probleme bereits in den Flüchtlingsländern anzugehen. Hierbei ist vor allem die Entwicklungshilfe ein wichtiger Faktor. Diese soll laut EU bis 2015 auf 0,7 Prozent des

Bruttoinlandsproduktes (BIP) steigen. Doch um diese realisierbare Zahl zu erreichen, ist noch viel Arbeit nötig, denn das Zwischenziel von 0,56 Prozent bis 2010 wurde noch nicht erreicht. Des Weiteren ist noch sehr viel Arbeit an der Integrationspolitik innerhalb der EU nötig. Ein Vorschlag des Parlaments ist, eine sechsmonatige Probezeit einzuführen. Jeder Einwanderer würde also für sechs Monate in das jeweilige Land aufgenommen werden und hätte somit die Chance, sich richtig zu integrieren. Wer sich in dieser Zeit gut und richtig integriert, würde dann für weitere 18 Monate aufgenommen werden.

Doch auf die Frage, wie es danach weiter gehe, wusste noch niemand eine genaue Antwort. Und wer entscheidet überhaupt, was gute und richtige Integration ist? Und genügen sechs Monate, um eine Sprache zu lernen oder einen Job zu finden? Und wie möchte die EU die Einwanderer bei der Integration unterstützen? Auch auf diese Fragen gab es bislang keine konkreten Antworten.

EURONEWS

Mindestlohn in der EU

Wird es gelingen, ihn einzuführen? Eine Bestandsaufnahme

Von Nico Bremer

Insgesamt wollen die Länder, dass der Mindestlohn nur – wenn überhaupt – länderbezogen eingeführt werden soll.

Österreich ist der Meinung, dass er nur EU-weit eingeführt werden kann, wenn auch die ärmeren Länder es sich leisten können. In Österreich soll es so geregelt werden, dass je nach Branche 7,00 Euro bis 8,50 Euro bezahlt werden soll.

Spanien möchte, dass der Mindestlohn eingeführt wird, aber dass jedes Land selber bestimmen kann, wie hoch der Mindestlohn in seinem eigenen Land sein soll. **Portugal** möchte den Mindestlohn von 3,00 Euro auf 5,00 Euro erhöhen und möchte auch, dass der Mindestlohn nicht EU-weit eingeführt wird. **Großbritannien** möchte den Mindestlohn auch, aber so, dass jedes Land selber entscheiden kann, wie hoch der Mindestlohn in seinem Land sein soll. Bei Großbritannien hängt jedoch der Mindestlohn vom Bruttoinlandsprodukt ab. **Italien** möchte einen landesweiten Mindestlohn. **Bulgarien** hingegen hat zurzeit einen Durchschnittsmindestlohn von 1,65 Euro und würde einen europaweiten Mindestlohn befürworten, wenn das bulgarische Bruttoinlandsprodukt höher wäre. Dann würde Bulgarien

auf 5,00 Euro erhöhen. **Frankreich** sieht dem einheitlichen Mindestlohn in Europa positiv entgegen, der Mindestlohn sollte aber vom Staat geregelt werden.

Die Mehrzahl der Länder ist insgesamt dafür, dass der Mindestlohn – wenn überhaupt – nur länderbezogen eingeführt wird. Das heißt, dass von den EU-Ländern selbst bestimmt werden kann, wie viel der Mindestlohn im eigenen Land betragen soll, um die wirtschaftlich schwachen Länder nicht zu belasten. Sollte die EU den Mindestlohn EU-weit einführen, haben wirtschaftlich schwache Länder keine Chance, zu überleben.

Europa-Standpunkte zum Mindestlohn

DAFÜR: Italien

DAFÜR BEI EIGENSTAATLICHER
REGELUNG: Bulgarien, Frankreich,
Großbritannien, Irland, Kommission,
Lettland, Ministerrat, Niederlande,
Österreich, Portugal, Spanien

DAGEGEN: Deutschland

Bisher haben Deutschland, Österreich, Spanien, Portugal, Großbritannien, Bulgarien, Italien, Frankreich, Irland, Niederlande, Lettland und Polen einen Mindestlohn.

EURONEWS

Offshore bald off?

Länder sind im Unklaren

Von Sandra Block

Die europäischen Länder haben alle unterschiedliche Meinungen bezüglich der Offshore-Anlagen. Italien vertritt die Meinung, Subventionen für Offshore-Parks seien nicht notwendig. Stattdessen solle Solarenergie gefördert werden. Polen hingegen setzt sich für eine Förderung von Offshore-Anlagen, anderen erneuerbaren Energien sowie Kernkraft ein. Alex Bieber, Polens Umwelt-Minister, sagt dazu: „Ich finde die Idee gut, da unsere Energie 90% aus Kohle besteht. Wir unterstützen das Offshore Projekt.“

Das Europäische Parlament stimmt

Italien teilweise zu. Anstatt Offshore-Parks zu subventionieren, sollen natürliche Energien wie Solarenergie gefördert werden. „Wir wollen die natürlichen Energien fördern und die Energie-Netzwerke in ganz Europa ausbauen“, sagte die Präsidentin des Europäischen Parlaments. Doch selbst nach der Unterhaltung mit dem Europäischen Parlament sind die beiden Länder verwirrt und im Unklaren. Ob es noch eine Einigung geben wird, ist unsicher. Ebenso bleibt die Frage, was mit den Offshore-Projekten passiert, wenn sich die Länder nicht einigen können.
